

A word cloud composed of various international news media names, including Cicero, Deutsche Welle, Le Monde, Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, DER SPIEGEL, The Guardian, The New York Times, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Wirtschaftswoche, Washington Post, Spectator, Le Monde Diplomatique, Wall Street Journal, WELT, Jüdische Allgemeine, Handelsblatt, DIE ZEIT, Stern, Financial Times, The Economist, The Atlantic, Telegraph, BILD, The Times, Tagesspiegel, taz, Der Standard, Foreign Affairs, Cicero, and BILD.

In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- Beleuchtet werden die sicherheits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen Deutschlands und Europas angesichts der politischen Entwicklung in der Welt und der Politik Donald Trumps, der mit einer großen Machtfülle – der größten seit Franklin D. Roosevelt – ausgestattet ist. Die Wehrdienstreform in Deutschland wird als erster Schritt in die richtige Richtung gesehen. Die schleppende Modernisierung der Bundeswehr stellt weiterhin ein Risiko dar. Gewarnt wird vor dem zunehmenden geopolitischen Bedeutungsverlust Europas, der sich in militärischer Schwäche, wirtschaftlicher Stagnation und internen Konflikten manifestiert.
 - Der Aufstieg der AfD, die Diskussion um die „Brandmauer“ und ihre Sinnhaftigkeit bleiben ebenfalls Thema. Rechtspopulismus wird als ernsthafte Gefahr für die Demokratie beschrieben, während auch linksextreme Strömungen zunehmend Beachtung finden. Die Debatte über den Populismus verweist auf dessen ambivalente Rolle: als Korrektiv, aber auch als Risiko für Wahrheit und Stabilität. Beachtung findet auch die andauernde Krise der liberalen Demokratie.
 - Weitere Themen sind die in Deutschland wahrgenommene Identitätskrise, die sinkende Lesekultur, die Frage nach den kulturellen Werten des Westens.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Europa, Trump und die Neuordnung der Welt	2
In der Debatte: Rechts, links und die politische Mitte.....	7
In der Debatte: Gesellschaftliche Entwicklungen.....	11
Rezensionen	14
Impressum.....	18

In der Debatte: Europa, Trump und die Neuordnung der Welt

In der *Times*¹ machen Niall Ferguson und Moritz Schularick deutlich, dass es mit der Aufrüstung in Deutschland viel zu langsam vorangehe und fordern eine „Operation Warp Speed“. Deutschland habe zwar seine Verteidigungsausgaben massiv erhöht und die Schuldenbremse für militärische Investitionen gelockert, doch die Aufrüstung verlaufe viel zu langsam und orientiere sich an überholten Konzepten. Während die Bundeswehr Milliarden in traditionelle Systeme wie Panzer und bemannte Luftabwehr stecke, zeigten die Erfahrungen aus dem Ukrainekrieg, dass moderne Kriegsführung von Drohnen, autonomen Systemen und digitaler Vernetzung geprägt sei. Die Produktionskapazitäten für Waffen seien unzureichend: deutsche Hersteller arbeiteten oft nur im Einschichtbetrieb und die Fertigung von Schlüsseltechnologien wie Iris-T oder Taurus-Raketen sei extrem langsam. Gleichzeitig fließe weniger als ein Prozent des Budgets in Forschung und Entwicklung, während die USA rund 15 Prozent investierten. Eine drastische Produktionssteigerung durch industrielle Koordination und Anreize, der Aufbau einer belastbaren Verteidigungsindustrie mit klaren Produktionszielen für Drohnen, Raketen und Satelliten, eine strategische Neuausrichtung hin zu autonomen Systemen und disruptiven Technologien sowie die Schaffung europäischer Kapazitäten, um die Abhängigkeit von den USA zu verringern, seien geeignete Gegenmaßnahmen. Ohne diese Schritte drohe Deutschland nicht nur Milliarden zu verschwenden, sondern auch die Sicherheit Europas zu gefährden, falls die Unterstützung aus Washington weiter schwinde.

Jonas Hermann kritisiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*² die „verzerrte Wahrnehmung“, die viele in der Gesellschaft von der Bundeswehr und ihren Angehörigen hätten. Die am 12. November 1955 gegründete Armee sei ein „Meilenstein für die Souveränität der jungen Bundesrepublik“ gewesen und im Kalten Krieg zur zweitstärksten Armee in der NATO geworden. Heute leide sie unter Personalmangel und veralteter Ausrüstung. Die Behandlung als „ungeliebtes Stiefkind“ nach dem Ende des Kalten Krieges mit zu geringer finanzieller Ausstattung und die oft einseitige und undifferenzierte mediale Berichterstattung hätten zu einer sinkenden Wertschätzung der Truppe in der Gesellschaft geführt. Ein Trend, den es dringend zu revidieren gelte, denn hier versammelten sich Menschen, die bereit seien, im Fall eines Krieges ihr Leben einzusetzen: „Die Deutschen sollten froh sein, dass sie die Bundeswehr haben. Jetzt müssen sie die Soldaten nur wieder richtig ausstatten.“

Thorsten Jungholt urteilt in der *Welt am Sonntag*³, der Kompromiss zum neuen Wehrdienstgesetz sei unzureichend angesichts der sicherheitspolitischen Lage. Russland betreibe eine hybride Kriegsführung und bereite weitere militärische Aggressionen vor, weshalb Deutschland eine einsatzbereite Bundeswehr als Abschreckung brauche. Der größte Engpass beim

¹ Niall Ferguson/Moritz Schularick, German rearment is far too slow – here's how to take it to warp speed, The Times, 7.11.2025.

² Jonas Hermann, 70 Jahre Bundeswehr: Deutschlands Soldaten sind besser als ihr Ruf, NZZ – Der andere Blick, 12.11.2025.

³ Thorsten Jungholt, Gesellschaftsdienst jetzt!, Welt am Sonntag, 18.11.2025.

Wiederaufbau sei Zeit, insbesondere für den personellen Aufwuchs. Das Gesetz setze zunächst auf Freiwilligkeit, ohne eine klare Regelung für den Fall fehlender Meldungen. Eine automatische Wehrpflicht sei nicht vorgesehen, sondern müsste in einem späteren Gesetzgebungsverfahren beschlossen werden. Daher sei es erstens dringlich, die Arbeit an einem verfassungskonformen Wehrpflichtgesetz inklusive Ersatzdiensten und Ausbau der zivilen Verteidigung sofort aufzunehmen. Zweitens müsse die ernsthafte Prüfung eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes als Alternative zur Auswahlwehrpflicht in den Blick genommen werden. Dieses Modell würde breite Akzeptanz finden, Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen und die Zivilverteidigung stärken. Politische Mehrheiten seien möglich, da Bundespräsident, Union, Grüne und Kirchen das Konzept unterstützten. Der Gesellschaftsdienst könne ein progressiver Ansatz zur Verteidigung der freiheitlichen Lebensweise sein. Halbherzige Lösungen reichten nicht, denn im Ernstfall würden sie mit Blut bezahlt.

„Die Wehrpflichtdebatte leidet ohnehin unter erheblichem weltanschaulichen Ballast“, merkt Joachim Käppner in der *Süddeutschen Zeitung*⁴ an. Die Debatte um das Wehrdienstgesetz habe gezeigt, dass viele Abgeordnete die sicherheitspolitische Bedrohung – insbesondere durch Russland und die ungewisse Unterstützung durch die USA unter Donald Trump – noch nicht erkannt hätten. Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 sei zu diesem Zeitpunkt gerechtfertigt gewesen, weil die Bundeswehr zu klein für Aufnahme der vielen Wehrpflichtigen gewesen sei und Europa sicher schien. Doch seit der Krim-Annexion 2014 und dem Krieg in der Ukraine sei die Lage grundlegend anders. Angesichts des schlechten Zustands der Bundeswehr und der Notwendigkeit glaubwürdiger Abschreckung sei die obligatorische Musterung jetzt ein wichtiger erster Schritt.

Im *Handelsblatt*⁵ betrachtet Jana Puglierin die riskante Strategie Europas im Umgang mit Donald Trump. Während europäische Regierungen versuchten, durch Charmeoffensiven Einfluss auf Trumps Entscheidungen zu nehmen, bleibe die grundlegende Problematik bestehen – Trump teile nicht die europäische Sicht auf den Ukraine-Krieg und dessen sicherheitspolitische Folgen. Für ihn sei der Krieg vor allem ein Hindernis, das die Normalisierung der Beziehungen zu Russland blockiere und Ressourcen binde, die er lieber anderen geopolitischen Herausforderungen widmen würde. Trump und sein Umfeld bezweifelten, dass Russland eine unmittelbare militärische Gefahr für Europa darstelle, und sähen die Verantwortung für die Verteidigung des Kontinents klar bei den Europäern. Die USA wollten sich auf Waffenlieferungen und Technologie beschränken, während Europa die Hauptlast trage. Diese Haltung bedeute, dass bloße diplomatische Bemühungen nicht ausreichend seien. Europa müsse erkennen, dass es im Ernstfall allein dastehen könnte. Statt auf Trumps wechselnde Positionen zu hoffen, brauche es eine eigene strategische Handlungsfähigkeit – militärisch, politisch und wirtschaftlich. Lippenbekenntnisse genügten nicht; ohne eine eigenständige Sicherheitsarchitektur drohe Europa in eine gefährliche Abhängigkeit zu geraten.

Nikolaus Busse befasst sich in der FAZ⁶ mit dem dramatischen Bedeutungsverlust Europas in der Welt. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, wie brüchig die Grundpfeiler europäischer Außenpolitik seien. Die Verteidigung sei vernachlässigt worden, der Klimaschutz isoliere Europa, der Freihandel sei an Trumps Zöllen gescheitert, die Globalisierung führe zu Lieferkettenkrisen. Ohne die USA sei Europa im Ukraine-Krieg kaum handlungsfähig, im Nahen Osten spiele es keine Rolle. Die EU werde weltweit nicht ernst genommen, weil sie weder wirtschaftlich noch militärisch Stärke zeige. Interne Probleme wie Schulden, wirtschaftliche Schwäche und gesellschaftliche Konflikte verschärfen die Lage. Historisch betrachtet sei der Abstieg kein neues Phänomen. Nach den Weltkriegen habe Europa die Führungsrolle an die USA verloren, später seien neue Machtzentren in Asien und im Nahen Osten entstanden. In einer

⁴ Joachim Käppner, Ein Anfang, SZ, 14.11.2025.

⁵ Jana Puglierin, Europas gefährliches Spiel mit Trump, Handelsblatt, 30.10.2025.

⁶ Nikolaus Busse, Europas Abstieg, FAZ, 30.10.2025.

multipolaren Welt könne Europa nicht die erste Geige spielen, bestenfalls bleibe Rang drei hinter Amerika und China, schlimmstenfalls drohe ein Zerfall der EU. Die Vorstellung einer „normativen Macht“ erweise sich als Illusion. Versuche, globale Standards für Klima oder Asyl durchzusetzen, schadeten der Wirtschaft und führten zu politischer Instabilität. Die Lösung liege nicht in mehr EU-Kompetenzen, sondern in starken Mitgliedstaaten mit realistischer Außenpolitik und militärischer Handlungsfähigkeit. Europa müsse akzeptieren, dass Akteure wie Trump, Xi und Putin keine Ausnahmen seien, sondern Ausdruck einer Welt, in der nationale Interessen rücksichtslos verfolgt würden.

Bei *cicero.de*⁷ setzt sich Dominik Pietzcker mit dem rapiden Ansehensverlust Europas auseinander und kritisiert dessen selbstbezogene Lebensweise. Der „European way of life“ sei komfortorientiert und moralisch überhöht. „Nachhaltigkeit“ und „Achtsamkeit“ würden als neue Leitwerte gelten, doch dahinter stünden oft Heuchelei und soziale Ungleichheit. Während Europa sich als moralische Instanz sehe, werde es weltweit zunehmend belächelt oder verachtet, nicht wegen seiner Doppelstandards, sondern weil es an wirtschaftlicher und politischer Stärke verloren habe. Der universalistische Anspruch europäischer Werte sei außerhalb des Kontinents nicht mehr durchsetzbar. Besonders deutlich werde die Schwäche Europas im Verhältnis zu den USA. Donald Trump behandle europäische Spitzenpolitiker geringschätzig und demonstrieren damit auch den Bedeutungsverlust des Kontinents. Gleichzeitig breche die amerikanische Sicherheitsgarantie weg, auf die Europa seit 1945 vertraut habe. Die Folge seien hektische Krisengipfel und konzeptlose Strategepapiere, die die Orientierungslosigkeit und Uneinigkeit Europas offenbarten. Dies sei durch Jahrzehntelange Naivität, Selbstzufriedenheit und fehlende strategische Klarheit verursacht worden. Europa müsse seine Selbstbezogenheit überwinden und sich schonungslos und überzeugend neu erfinden, um als freiheitliches Lebensmodell bestehen zu können.

In der FAZ⁸ betrachtet Jürgen Kaube Europas Selbstbild als „alter Kontinent“ und die wachsende Wahrnehmung, dass die Zukunft anderswo liege. Schon seit dem 19. Jahrhundert begleite Europa der Zweifel, in einer überholten Geschichtsformation zu leben. Trotz Stolz auf kulturelle und wissenschaftliche Errungenschaften sei dieses Bewusstsein stets mit der Angst verbunden, die Epoche europäischer Strahlkraft sei vorbei. Bereits Georg Simmel habe vor einem Europa, das nur noch als Museum existiere, gewarnt und Paul Valéry habe schon 1927 die politische und wirtschaftliche Führungsrolle an die USA übergehen sehen. Heute verstärkten Überalterung, technologische Rückstände und geopolitische Schwächen diesen Eindruck. Europa sei nie einheitlich gewesen, sondern geprägt von Vielfalt, Konkurrenz und wechselnden politischen und kulturellen Konstellationen. Was Europa jedoch von anderen unterscheide, sei die „Gegenwart des Vergangenen“: Schlösser, Burgen und historische Strukturen prägten Landschaften und Städte. Anders als Kulturen, die Geschichte rasch hinter sich ließen, bewahre Europa seine Vergangenheit sichtbar und versuche, sie zu verstehen. Diese Haltung mache Europa einzigartig, aber auch schwerfällig gegenüber dem Fortschrittsdenken anderer Weltregionen. So bleibe die Frage offen, ob Europa künftig mehr als ein Ort der Erinnerung sein könne.

Jan-Werner Müller und Philipp Felsch beleuchten im Gespräch mit dem Spiegel⁹ die Krise der deutsch-amerikanischen Freundschaft und die veränderte Dynamik des transatlantischen Ideenaustauschs. Während die Partnerschaft lange als Grundpfeiler europäischer Politik gehalten habe, sei sie heute von Misstrauen und struktureller Abhängigkeit geprägt. Die Hoffnung auf eine Rückkehr zur „alten Normalität“ nach Donald Trump erweise sich als Illusion.

⁷ Dominik Pietzcker, Europa verliert an Ansehen - und wird zum gekränkten Narziss. cicero.de, 8.11.2025.

⁸ Jürgen Kaube, Europa als Museum, FAZ, 14.11.2025.

⁹ Tobias Rapp/Andreas Bernard, „Ein Horrorbild Europas“. Fragen an den Politologen Jan-Werner Müller und den Historiker Philipp Felsch, Der Spiegel, 30.10.2025.

Europa habe es versäumt, sich strategisch unabhängig zu machen, und stehe nun orientierungslos da. Historisch sei die Beziehung von gegenseitiger Faszination und kulturellem Austausch geprägt gewesen. Amerikanischer Pragmatismus und Optimismus beeinflussten deutsche Eliten, während die USA die europäische „Hochkultur“ bewundert habe. Universitäre Programme oder Schüleraustausch hätten Generationen geprägt. Gleichzeitig dazu habe stets auch ein „Antiamerikanismus“ existiert, der sich, etwa im Vietnamkrieg, in einer Mischung aus Erwartung und Enttäuschung Bahn gebrochen habe. Die Protestkultur der 1960er-Jahre und Theorien wie der zivile Ungehorsam seien aus den USA übernommen worden und hätten zur „Fundamentalliberalisierung“ Deutschlands beigetragen. Heute jedoch sei Europa für die USA kaum noch „Referenzpunkt in den Debatten“. Die liberale Vision einer „regelbasierten Weltordnung“ verliere an Bedeutung, während rechte Akteure den Begriff „Westen“ für ethnonationalistische und islamophobe Narrative instrumentalisierten. In den USA zeichne die radikale Rechte ein „Horrorbild Europas“, ein Kontinent, der kurz vor dem „großen Austausch“ verharre, unfrei und dekadent. Diese Verzerrungen gelangten über rechtspopulistische Netzwerke zurück nach Europa. Die liberale Linke habe dem wenig entgegenzusetzen, da sie den ideologischen Bezug auf den Westen aufgegeben habe. Europa befindet sich selbst auf der Suche nach einer eigenen politischen Identität, es gebe zwei unterschiedliche Versionen des Westens: „Den Westen als politisches Prinzip, als universellen Ort von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Idee gibt es seit dem 19. Jahrhundert. Und den Westen als bedrohte Zivilisation im Niedergang. Auch da hat er eine lange Geschichte, schon Oswald Spengler hat in den Zwanzigern vom ‚Untergang des Abendlandes‘ geschrieben – auf Englisch: ‚The Decline of the West‘.“

In der *Financial Times*¹⁰ setzt sich *Edward Luce* mit der Vorherrschaft von Donald Trump auseinander und sieht ihn auf dem Weg, eine neue Weltordnung zu errichten. Die ersten Monate von Trumps zweiter Amtszeit als US-Präsident seien von einer aggressiven Machtausweitung und einem „Rachefeldzug“ geprägt gewesen. Nach dem Attentat auf Charlie Kirk habe Trump öffentlich klargestellt, dass er keine Versöhnung anstrebe, sondern seine Gegner hasse. Innenpolitisch verfolge er kompromisslos Kritiker, ehemalige Regierungsbeamte, Juristen und Politiker würden angeklagt oder ihre Jobs verlieren, während Unternehmen und Institutionen aus Angst vor Repressalien schweigen würden. Loyalitätstests reichten weit über die Regierung hinaus, und selbst Familienangehörige von Gegnern seien betroffen. Trump kontrolliere inzwischen nahezu alle Machtzentren: Kongress, Kabinett sowie große Teile der Justiz. Die Gewaltenteilung sei faktisch ausgehöhlt, da der Supreme Court ihm weitreichende Immunität für „offizielle Handlungen“ gewährt habe. Vergeltung, Geld und mediale Dominanz seien die drei Antriebsfedern seiner Politik. Wirtschaftlich profitiere die Trump-Familie massiv, unter anderem durch Kryptowährungsprojekte, die auch außenpolitisch Einfluss verschafften. Autoritäre Regime und Staaten mit dynastischen Strukturen fänden leichter Zugang zu Trump, während traditionelle demokratische Verbündete zunehmend marginalisiert würden. Militärisch verschiebe Trump die strategische Ausrichtung. Der Fokus liege weniger auf China oder Russland, sondern auf einem „inneren Feind“, etwa Migranten und deren Unterstützer. Die Nationalgarde werde in US-Städten eingesetzt, und die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Befugnissen würde verschwimmen. Kritiker warnten vor einer Erosion demokratischer Normen und sähen die Gefahr, dass künftige Wahlen nicht mehr frei und fair sein könnten. International agiere Trump transaktional: Deals mit Konzernen und Staaten seien oft an persönliche Vorteile gekoppelt. Während Konzernchefs und ausländische Regierungen um Zugang kämpften, wachse die Unsicherheit über die Verlässlichkeit der USA, etwa bei der NATO-Beistandsverpflichtung. Innenpolitisch setzten Demokraten auf soziale Themen wie Gesundheitsversorgung, um Wähler zu mobilisieren, doch die institutionellen Schutzmechanismen

¹⁰ Edward Luce, The Trump Supremacy, Financial Times, 24.10.2025.

gegen Machtmissbrauch seien weitgehend geschwächt. Amerika befindet sich in einem „Winner-takes-all“-System, in dem Trump die Regeln bestimme. Widerstand existiere, aber er sei fragmentiert und schwach. Die entscheidende Frage bleibe, ob sich Gesellschaft, Wirtschaft und Institutionen gemeinsam gegen die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit stellen könnten.

Jill Lepore versucht im *New Yorker*¹¹ die beispiellose Kommunikationsweise von Donald Trump zu analysieren und diese historisch einzuordnen. Seit seinem ersten Wahlkampf 2015 sei Trump allgegenwärtig, in Medien, sozialen Netzwerken und durch endlose Reden. Historiker und Journalisten suchten seit Jahren nach Vergleichen mit früheren Präsidenten oder politischen Figuren, doch man solle sich vor falschen Analogien hüten, denn die aktuelle Situation sprengt historische Muster. Während frühere Präsidenten nur selten direkt mit der Öffentlichkeit kommunizierten und sich auf formelle Ansprachen oder Zeitungen stützten, habe Trump die Regeln radikal verändert. Er nutze soziale Medien exzessiv, poste Tag und Nacht, verbreite Lügen, Drohungen und Verschwörungstheorien und inszeniere sich in KI-generierten Bildern als Held oder religiöse Figur. Mit Blick auf die Entwicklung der präsidialen Kommunikation – von Washingtons schriftlichen Botschaften über Roosevelts Radiosendungen und Reagans Fernsehauftritten bis hin zu Obamas „omnipräzenter Präsidentschaft“ in der digitalen Ära – sei festzuhalten, Trump treibe diese Entwicklung ins Extreme. Er sei nicht nur omnipräsent, sondern auch aggressiv, profan und gefährlich. Seine Posts enthielten Drohungen gegen politische Gegner, Versprechen von Wundermitteln und eine Flut an Desinformation. Historische Vergleiche – etwa mit Nixon, Reagan oder Clinton – würden nicht greifen, Trumps Stil erinnere eher an autoritäre Führer und Demagoggen anderer Länder. Trump nutze aus, dass die Verfassung kaum Vorgaben zur Kommunikation des Präsidenten mache. Die Folge ist eine „pestilenzartige“ Präsidentschaft, die demokratische Normen untergrabe. Die amerikanische Geschichte biete keinen Leitfaden für dieses Phänomen, um es zu verstehen, müsse man eher auf die Geschichte von Tyrannen und modernen Autokraten blicken.

Thomas Chatterton Williams erklärt im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*¹², die Rückkehr Donald Trumps ins Präsidentenamt 2024 sei Folge einer politischen und kulturellen Entwicklung, die von den Demokraten selbst begünstigt worden sei. Die Exzesse der „Wokeness“ und die Politik der Biden-Regierung hätten liberale Normen untergraben und eine Gegenreaktion ausgelöst. Die Proteste nach dem Mord an George Floyd 2020 hätten zunächst Solidarität erzeugt, seien dann aber in moralischen Absolutismus, Cancel-Kultur und Gewalt umgeschlagen. Die Bewegung selbst habe „kultische Züge“ getragen. Diese Dynamik habe das Vertrauen in Institutionen zerstört. Die Demokraten hätten sich nicht genug von radikalen Strömungen distanziert, sondern Programme wie „Diversity, Equity, and Inclusion“ per Dekret vorangetrieben. Trumps Comeback sei eine Absage an diese elitäre Kultur, die an den Interessen der Arbeiterklasse vorbeigegangen sei. Auf beiden Seiten habe außerdem eine Radikalisierung stattgefunden. Die Rechte kopiere inzwischen die intoleranten Muster der Linken, während die liberale Mitte führungslos bleibe. Polarisierung, Medienkonzentration und autoritäre Tendenzen verschärften die Lage. Die Verteidigung des Liberalismus sei heute schwieriger denn je, da extreme Positionen dominierten und mäßigende Stimmen kaum Gehör finden könnten. Gefordert sei eine Rückkehr zu argumentativer Auseinandersetzung und Mut zur Selbstkritik, um die Demokratie vor weiterem Verfall zu bewahren.

Gideon Rachman betrachtet in der *Financial Times*¹³, den Einfluss, den Donald Trump im ersten Jahr seiner zweiten Amtszeit auf die Außenpolitik genommen und diese in bisher nicht dagewesener Weise geprägt habe. Sie folge seinen persönlichen Launen und dem „America First“-Ansatz. Trump bevorzuge einen transaktionalen Stil, setze auf Stärke statt Werte und

¹¹ Jill Lepore, Trump and the Presidency That Wouldn't Shut Up, *The New Yorker*, 27.10.2025.

¹² Isabelle Jacobi, „Die Demokraten haben Trump und seiner illiberalen Bewegung den Weg bereitet“. Fragen an den Kulturkritiker Thomas Chatterton Williams, *NZZ*, 29.10.2025.

¹³ Gideon Rachman, The Trump doctrine: don't rely on America, *Financial Times*, 31.10.2025.

strebe nach „Siegen“, sei es durch Investitionen oder Friedensabkommen. Seine Obsession für Zölle habe zu einer Reihe von Strafmaßnahmen gegen Verbündete und Rivalen geführt, was die internationale Ordnung destabilisiert habe. Während er sich als Friedensstifter inszeniere – etwa beim Aushandeln von Waffenstillständen –, schrecke er auch nicht vor militärischen Aktionen zurück, wie die Luftangriffe auf den Iran zeigten. Innerhalb seiner Bewegung konkurrierten drei außenpolitische Strömungen, die als die „Primacists“, sie wollten die traditionelle US-Führungsrolle bewahren, die „Restrainers“ – sie plädierten für Zurückhaltung – und die „Prioritizers“, die eine Fokussierung auf Asien forderten, definiert worden seien. Trump selbst folge keine dieser Denkrichtungen, sondern seinen eigenen Interessen, was zu widersprüchlichen Entscheidungen führe. Die restriktive Haltung gegenüber der Ukraine und die Skepsis gegenüber NATO spiegelten den Einfluss der „Restrainer“ wider, während Interventionen im Iran und Venezuela den „Primacists“ zugutekämen. Die „Prioritizers“ hingegen verlören an Boden, da die Politik gegenüber China widersprüchlich bleibe. Trumps Vorgehen – von Zöllen über Drohungen bis hin zu imperialen Fantasien wie der Annexion Grönlands – sende eine klare Botschaft: Auf Amerika sei kein Verlass. Dies zwinge Verbündete wie Kanada und europäische Staaten, ihre Abhängigkeit zu reduzieren und eigene Verteidigungs- und Handelsstrategien zu entwickeln. Gleichzeitig entfremde die US-Politik wichtige Akteure des globalen Südens, was langfristig die amerikanische Machtbasis schwächen könnte. Kurzfristig demonstriere Trump die Stärke der USA, doch er riskiere, die diplomatische Kapitalbasis der letzten 80 Jahre zu verspielen.

Im *Wall Street Journal*¹⁴ konstatiert Walter Russell Mead, seit Franklin Delano Roosevelt habe kein US-Präsident mehr eine solche Machtfülle besessen. Trump sehe die USA durch jahrzehntelange Fehlentscheidungen wirtschaftlich, militärisch und gesellschaftlich geschwächt. Globalisierung habe die Mittelschicht ausgehöhlt und China gestärkt, während die außenpolitische Elite Kriege nicht gewinnen konnte. Seine Antwort laute daher, eine Politik zu initiieren, die nationale Interessen kompromisslos in den Vordergrund stelle. Trump setze dabei auf eine Flut von Initiativen und Krisen, um Gegner zu überrumpeln und die Agenda zu kontrollieren. Beispiele seien etwa die Eskalation in Venezuela, Drohungen gegen Nigeria, militärische Präsenz in der Karibik und gleichzeitige Gipfeltreffen mit Xi Jinping. Diese „Dauerkrise“ halte ihn im Zentrum der Weltpolitik und verschaffe ihm innenpolitische Vorteile. Der Präsident verzichte außerdem auf die klassische Rhetorik über Demokratie und Menschenrechte. Stattdessen verfolge er konkrete „Deals“: Kontrolle über Ressourcen, bessere Handelsbedingungen, militärische Stärke. Seine Zölle und Handelskriege seien Ausdruck dieser Logik. Trump sei kein Isolationist, sondern ein Präsident, der die Weltordnung aktiv umgestalten wolle, durch, wirtschaftlichen Druck und strategische Interventionen, die nationale Interessen über alles stellten.

In der Debatte: Rechts, links und die politische Mitte

Henry Donovan setzt sich im *Spectator*¹⁵ kritisch mit der Strategie der deutschen Parteien und Medien im Umgang mit der AfD auseinander, die ein selbstverschuldetes Desaster sei. Statt

¹⁴ Walter Russell Mead, Trump's New World Order, *Wall Street Journal*, 3.11.2025.

¹⁵ Henry Donovan, Only honesty can kill the rise of Germany's AfD, *The Spectator*, 28.10.2025. [„Deutschland braucht keine weiteren moralischen Empörungen. Es braucht die Wahrheit. Die extreme Rechte geideht nicht wegen dem, was Merz sagt, sondern weil andere sich weigern, das auszusprechen, was alle sehen. Solange die Linke, die Medien und die selbsternannten Hüter der Demokratie nicht die Ehrlichkeit wiederentdecken, werden sie genau das Monster erschaffen, das sie angeblich bekämpfen. Der Aufstieg der AfD ist kein vorherbestimmtes Schicksal – aber er lässt sich nicht durch Parolen, Tabus oder Verleugnung aufhalten. Nur indem wir uns der Realität selbst wieder zuwenden.“].

reale Probleme wie Migration, Kriminalität und gesellschaftliche Unsicherheit offen anzusprechen, setzten CDU, SPD und Grüne auf moralische Empörung, Tabus und Abgrenzung. Die CDU habe keine Strategie. Sie habe sich in endlosen Debatten über Grenzen verloren, anstatt den einst versprochenen Politikwechsel umzusetzen. Statt Führung zu übernehmen, verwaltete sie die sogenannte Brandmauer, hinter der die etablierten Parteien die AfD metaphorisch isoliert hätten. Die SPD habe ihre traditionelle Basis verloren, die Grünen pflegten moralische Überlegenheit und die FDP bleibe zögerlich, breche nicht mit ihrem bisherigen Kurs der Anpassung und habe Probleme, ihr liberales „Rückgrat“ wiederzuentdecken. Medien verstärkten die Spaltung durch Dämonisierung der AfD und ihrer Wähler, was diese in alternative Informationsräume treibe. Die AfD profitiere nicht aus eigener Stärke, sondern aus der Schwäche des politischen Mainstreams. Gefordert seien Ehrlichkeit und Realismus, denn nur durch Anerkennung der Probleme und glaubwürdige Lösungen könne das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen und der Aufstieg der AfD gestoppt werden. Moralische Empörung allein verschärfe die Krise: „Germany does not need more moral outrage. It needs truth. The far right thrives not because of what Merz says, but because others refuse to say what everyone sees. Unless the left, the media, and the self-anointed guardians of democracy rediscover honesty, they will keep creating the very monster they claim to be fighting. The AfD's rise is not destiny – but it cannot be stopped by slogans, taboos, or denial. Only by reclaiming reality itself.“

Bei *cicero.de*¹⁶ konstatiert *Alexander Marguier*, die politische Blockade in Deutschland und die strategische Orientierungslosigkeit der CDU seien nicht förderlich, um der AfD entschieden entgegenzutreten. Die „Brandmauer“ gegenüber der AfD führe dazu, dass die Union sich selbst lämme und an Bedeutung verriere, während die AfD allein durch ihre Existenz an Einfluss gewinne: „Die CDU hat ihre potentiellen Zerstörer selbst auf den Plan gerufen, weil sie inhaltliche Lücken gelassen hat – von der Migrations- über die Ordnungspolitik bis hin zu Fragen der inneren Sicherheit.“ Eine Öffnung zur AfD wäre für die CDU jedoch ebenfalls riskant, da sie intern zerrissen würde und dadurch auch eine massive gesellschaftliche Widerstandsbewegung auslösen könnte. Inhaltlich bestünden zudem Differenzen, etwa bei Sozialstaatsreformen und der Russland-Politik. Es zeige sich, dass das deutsche Parteiensystem durch den Aufstieg der AfD an seine Grenzen stoße und in eine dauerhafte Selbstblockade geraten sei. Nötig sei daher eine „Disruption“ des politischen Systems „bundesrepublikanischer Prägung“. Einer „bürgerlichen Sammlungsbewegung“, die pragmatische Kräfte aus CDU, gemäßigter AfD, enttäuschter FDP und realistischen SPD-Anhängern vereine, könne es vielleicht gelingen, die „politische Sklerose“ zu überwinden und „Verkrustungen“ aufzubrechen. Beispiele aus Italien und Frankreich zeigten, dass solche Bewegungen durchaus möglich seien.

Peter Graf von Kielmansegg betrachtet in der *FAZ*¹⁷ die Gefahren des Rechtspopulismus für die westliche Demokratien und die daraus erwachsenen Herausforderungen. Erfahrungen aus den USA und Ungarn zeigten, dass alleine regierende Rechtspopulisten demokratische Institutionen schwächten, den politischen Wettbewerb einschränkten und die Gewaltenteilung untergraben würden. In Westeuropa hätten mitregierende rechtspopulistische Parteien bisher keine nachhaltigen Schäden angerichtet, doch könnte Frankreich 2027 zum Testfall werden. In Deutschland sei die AfD inzwischen zweitstärkste Partei, ihr Aufstieg habe mit der Flüchtlingskrise 2015 begonnen. Migration und andere Krisen wie die Pandemie hätten zu einem massiven Vertrauensverlust in den Staat geführt, den die AfD gezielt ausnutze, indem sie Politikversagen anprangere und sich als einzige Vertreterin des „Volkes“ inszeniere. Der deutsche Umgang mit dem Rechtspopulismus sei stark von der historischen Fixierung auf den Nationalsozialismus geprägt. Diese Haltung verhindere eine argumentative Auseinandersetzung und schließe Versuche der politischen Einbindung aus. Die Strategie der Verfemung sei erfolg-

¹⁶ Alexander Marguier, Die Disruption muss kommen, *cicero.de*, 16.11.2025.

¹⁷ Peter Graf von Kielmansegg, Rechtspopulismus als Aufgabe der Politik, *FAZ*, 10.11.2025.

los geblieben und könnte den Aufstieg der AfD sogar begünstigt haben. Ein Parteiverbot erscheine rechtlich fragwürdig und würde das Vertrauen weiter untergraben. Stattdessen müsse die Politik Vertrauen zurückgewinnen, indem sie sichtbar Alltagsprobleme löse – Sicherheit, Infrastruktur, Wohnraum – und die Themen der AfD entschärfe. Rasche Erfolge seien jedoch unwahrscheinlich, da die Bindung der Wähler stark sei. Langfristig entscheide die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit über die Stabilität der Demokratie. Scheitere die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, drohe eine Radikalisierung von rechts und links. Reformen, insbesondere der Rentenversicherung, seien unvermeidlich, stießen aber auf den Widerstand einer widersprüchlichen Wählerschaft. Die Politik brauche Mut, sie müsse den Realitäten ins Auge zu sehen, unbequeme Wahrheiten aussprechen und Lasten zumuten. Ohne diesen Mut könne die repräsentative Demokratie nicht bestehen. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sei daher mehr als ein Kampf „gegen rechts“, sie sei ein Kampf um die Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst.

In der *Financial Times*¹⁸ beschäftigt sich *Gideon Rachman* mit der Dynamik des politischen Rechtsrucks in Europa und stellt fest, dass rechtspopulistische Parteien zwar Wahlerfolge erzielten, aber Schwierigkeiten hätten, langfristig Regierungen zu bilden. Das Beispiel der Niederlande zeige, dass die Mitte nicht zwangsläufig zerfallen würde. Ähnliche Zyklen habe es in Österreich gegeben, wo die FPÖ nach Skandalen an Zustimmung verloren hätte, später aber erneut stärkste Kraft geworden sei, ohne eine Regierung bilden zu können. Das Muster deute auf eine Rotation zwischen Mitte und radikaler Rechter hin, ausgelöst durch Wählerfrust gegenüber amtierenden Regierungen. In großen europäischen Staaten wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien wachse der Druck auf die Mitte. In Frankreich führe der Rassemblement National die Umfragen für die Präsidentschaftswahl 2027, in Deutschland liege die AfD in manchen Umfragen vorn, und in Großbritannien könnte die populistische Reform UK durch das Mehrheitswahlrecht profitieren, die lange dominierenden großen Parteien Labour und Tories lägen abgeschlagen zurück. Italien bilde eine Ausnahme: Giorgia Meloni regiere seit drei Jahren stabil und könnte eine volle Amtszeit absolvieren. Sie vertrete konservative Positionen, vermeide aber extreme nationalistische Schritte, was auf eine mögliche Verwischung der Grenzen zwischen Mitte und radikaler Rechter hindeuten könne. Insgesamt sehe es so aus, als bleibe die Zukunft Europas von einer instabilen Wechselwirkung zwischen zentristischen und rechtspopulistischen Kräften geprägt.

In der *National Review*¹⁹ argumentiert *Dan McLaughlin*, dass Populismus nicht grundsätzlich schlecht sei, aber im Übermaß gefährlich werden könne. Ähnlich wie der Nationalismus sei Populismus ein unausrottbarer Impuls, der in moderaten Dosen nützlich sein könne, etwa um politische Bewegungen mit Energie zu versorgen und als Korrektiv zu dienen, wenn er die Eliten mit den Erfahrungen der Bevölkerung konfrontiere: „A healthy political movement must have grassroots and elites, populists and experts. A movement or party will function best when each is open to listening to the other and working toward common causes.“ Die Gefahren durch den Populismus lägen in drei Bereichen: Lügen, Unbeständigkeit und Borniertheit. Der Populismus neige dazu, das Populäre über die Wahrheit zu stellen, wodurch Fakten und Vernunft verdrängt würden. Dies führe zu einer Haltung, die Wahrheit als irrelevant betrachte und jede Kritik als elitär abtue. Unbeständigkeit zeige sich darin, dass populistische Positionen stark schwanken, etwa zwischen Isolationismus und Interventionismus oder zwischen Staatskritik und Forderungen nach staatlicher Kontrolle. Schließlich begünstige der Populismus durch sein „Wir gegen die Eliten“-Narrativ Verschwörungsdenken und bigotte Tendenzen, insbesondere den Antisemitismus, der sich derzeit sowohl auf der populistischen Linken als auch

¹⁸ Gideon Rachman, The far right can win in Europe but it struggles to govern, *Financial Times*, 3.11.2025.

¹⁹ Dan McLaughlin, As with many dangerous things, the dose makes the poison, *National Review*, 3.11.2025. [„Eine gesunde politische Bewegung braucht sowohl eine Graswurzelbewegung als auch Eliten, Populisten und Experten. Eine Bewegung oder Partei funktioniert am besten, wenn alle Seiten bereit sind, einander zuzuhören und auf gemeinsame Ziele hinzuarbeiten.“].

Rechten ausbreite. Populismus in seiner extremen Form gefährde nicht nur die Wahrheit, sondern auch demokratische Stabilität, da er Abwehrmechanismen gegen Lügen und Vorurteile schwäche. Deshalb müsse man die Risiken ernst nehmen, bevor die Gesellschaft eine Überdosis einnehme.

Oliver Zimmer greift in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁰ Alexis de Tocquevilles Analyse des gesellschaftlichen Zerfalls vor der Französischen Revolution auf und zieht Parallelen zur Gegenwart. Tocqueville habe die Revolution nicht primär als Folge von Ungleichheit gesehen, sondern als Ergebnis einer tiefen Krise des Gemeinwesens, ausgelöst durch soziale Indifferenz und den Verlust lokaler Selbstverwaltung. Die Zentralisierung der Macht im absolutistischen Staat und die Aushöhlung gegenseitiger Verpflichtungen hätten dazu geführt, dass sich die Menschen im eigenen Land fremd fühlten, ein Zustand, der Ressentiments genährt habe und schließlich in Revolutionen gemündet sei. Heute zeigten sich ähnliche Tendenzen: Die Machtzentrale in europäischen Staaten habe zugenommen, verstärkt durch supranationale Institutionen wie den Europäischen Gerichtshof und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die nationale Parlamente entmachteten. Diese „Überkonstitutionalisierung“ verschiebe Entscheidungen von demokratisch legitimierten Organen zu administrativen und judikativen Instanzen und entziehe sie der Kontrolle. Das Ergebnis sei ein Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie, der den Aufstieg populistischer Parteien begünstige. Populismus erscheint als Reaktion auf die Entmachtung der Bürger und die technokratische Selbstlegitimation politischer Eliten. Politische Systeme, die sich über moralische oder technokratische Überlegenheit legitimierten, würden an ihren Ergebnissen gemessen werden. Blieben diese aus, reagierten Bürger mit Indifferenz, Zynismus und Ressentiments. Tocquevilles Diagnose – nicht fehlende Nächstenliebe, sondern soziale Gleichgültigkeit zerstöre Gemeinwesen – bleibe aktuell. Die Frage lautet, ob Europa den schlechenden Verlust demokratischer Teilhabe und die wachsende Entfremdung seiner Bürger noch aufhalten könne.

Peter R. Neumann und Jose Pedro Zuquete warnen in der *Welt*²¹ vor der wachsenden Bedeutung des Linksextremismus, der in Forschung und öffentlicher Debatte lange unterschätzt worden sei. Während Rechtsextremismus und Islamismus im Fokus stünden, würde linksextreme Gewalt oft als weniger gefährlich eingeschätzt – eine Annahme, die zunehmend fragwürdig sei. Die Szene sei vielfältiger geworden: Neben klassischen Anarchisten und Kommunisten würden neue Strömungen wie Anti-Imperialisten, identitäre Linke und ökologische Kapitalismuskritiker in Erscheinung treten. Vier Szenarien verdeutlichten die Gefahren: Erstens die Antifa, deren lose Netzwerke Angriffe auf politische Gegner – vor allem die AfD – intensivieren könnten, insbesondere bei bevorstehenden Landtagswahlen. Zweitens der Anti-Imperialismus, der sich im Gaza-Konflikt radikalisiert habe und zunehmend mit islamistischen Gruppen kooperiere. Drittens die „Kulturkämpfe“ um die Identitätspolitik, bei denen dogmatische Strömungen und Netzwerke wie die „Transtifa“ auch physische Gewalt propagierten. Viertens der Anti-Kapitalismus, der sich mit Klimabewegungen und wachstumsfeindlichen Theorien verbinde und Sabotageakte gegen technologische Infrastruktur rechtfertige. Dabei müsse im Auge behalten werden, dass legitime Anliegen wie Gleichberechtigung oder Kapitalismuskritik nicht mit Extremismus gleichzusetzen seien. Problematisch werde es, wenn diese Positionen zur Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung führten oder Gewalt als Mittel eingesetzt werde. Angesichts der Dynamik und Vernetzung der Szene sei eine intensivere Beobachtung und Bekämpfung notwendig. Die Zeiten, in denen Linksextremismus ein „Stieffkind“ der Extremismusforschung gewesen sei, seien endgültig vorbei.

²⁰ Oliver Zimmer, Fremd im eigenen Land, NZZ, 15.11.2025.

²¹ Peter R. Neumann/Jose Pedro Zuquete, Linksextremismus, die unterschätzte Gefahr, Die Welt, 5.11.2025.

In der Debatte: Gesellschaftliche Entwicklungen

Deutschland befindet sich in seiner tiefsten „Identitätskrise“ seit dem Zweiten Weltkrieg konstatiert *Oliver Maksan* in der *Neuen Zürcher Zeitung*²². Der frühere Stolz auf wirtschaftliche Stärke und solide Staatsfinanzen sei vielfältigen Demütigungen gewichen. Die Autoindustrie schwächele, die Infrastruktur gelte als marode, und die Staatsfinanzen seien nach einer Schuldenpolitik unter Druck geraten. Hinzu komme ein grundlegender Wandel des Selbstverständnisses, innerhalb einer Generation habe sich Deutschland von einer „historisch gewachsenen Kulturnation zu einer verordneten Willensnation“ entwickelt. Migration, Asylkrisen und Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts hätten das Verhältnis zwischen deutschem Volk und Staatsvolk verändert, was die Frage „Wer ist Deutscher?“ offen und umstritten mache. Diese Unsicherheit werde durch politische Eliten verstärkt, die traditionelle identitätsstiftende Erzählungen relativierten, um neue Narrative für ein multiethnisches Staatsvolk zu schaffen. Die rasante Zuwanderung seit 2015, kulturelle Konflikte und steigende Einbürgerungen fragmentierten das gesellschaftliche „Wir“. Gleichzeitig sei eine offene Debatte über nationale Identität weitgehend tabuisiert worden, was die Polarisierung verschärfe: „Die Ostdeutschen, wo nationalkonservative Denkmuster viel stärker verankert geblieben sind, blickten vielfach mit Unverständnis auf das Weltbürgertum ihrer kosmopolitisch eingestellten Landsleute in der alten Bundesrepublik. Dieser Riss besteht bis heute und erklärt, warum die AfD im Osten Volkspartei ist.“ Lösungsansätze könnten eine Begrenzung der Einwanderung, strengere Einbürgerungsregeln und die Stärkung kultureller Selbstverantwortung darstellen. Die Deutschen müssten ihre eigene Kultur aktiv pflegen, statt allein auf den Staat zu vertrauen.

Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlichen und politischen Starre, die durch überbordende Bürokratie, Klientelpolitik und demografischen Wandel verschärft werde, merkt *Gerald Braunberger* in der *FAZ*²³ an. Reformen scheiterten an den Interessen gut organisierter Gruppen, während die Politik in kleinteiligen Debatten und Koalitionsstreitigkeiten verharre. Die Folge seien stagnierendes Wachstum, zunehmende Verteilungskonflikte und Vertrauensverlust in die Demokratie. Bis 2036 würden 19,5 Millionen Menschen in den Ruhestand treten, aber nur 12,5 Millionen in den Arbeitsmarkt eintreten, ein Defizit von sieben Millionen Arbeitskräften, das Migration allein nicht ausgleichen könne. Die einzige Chance für eine Revitalisierung liege in einer umfassenden digitalen Revolution, die die Produktivität steigere und durch Technologien wie Künstliche Intelligenz neue Dynamik schaffe. Technologischer Fortschritt gelte als stärkste Kraft des Wandels und könne ähnlich umwälzende Effekte haben wie die industrielle Revolution. Damit diese „schöpferische Zerstörung“ gelingen könnet, müsse die Politik geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Ohne diesen technologischen „Zertrümmerer“ drohe Deutschland, zu den Verlierern der Geschichte zu werden.

In der *Sunday Times*²⁴ warnt *Niall Ferguson* vor den gravierenden Folgen eines Niedergangs der Fähigkeit zum Lesen, was auch die Fähigkeit zum Schreiben beeinträchtige. Während der Schriftsteller Ray Bradbury in „Fahrenheit 451“ eine totalitäre Zukunft ohne Bücher beschrieben habe, geschehe die Abkehr vom Lesen heute freiwillig, getrieben von Konsum und digitalen Medien. Studien zeigten einen dramatischen Rückgang: In den USA sei der Anteil der Menschen, die täglich lesen würden, von 28 Prozent im Jahr 2004 auf 16 Prozent im Jahr 2023 gesunken; über die Hälfte habe seit mehr als einem Jahr kein Buch gelesen. Dieses Phänomen lasse sich auch in anderen Ländern beobachten. Besonders junge Generationen würden kaum noch lesen, was die Fähigkeit zur Analyse und kritischem Denken gefährde. Smartpho-

²² Oliver Maksan, Vom Musterschüler zum kranken Mann: Die Identitätskrise der deutschen Seele trifft mehr als nur Politik und Wirtschaft, *NZZ – Der andere Blick*, 7.11.2025.

²³ Gerald Braunberger, Der Zertrümmerer, *FAZ*, 14.11.2025.

²⁴ Niall Ferguson, If humans stop reading, barbarians will live among us again, *The Sunday Times*, 16.11.2025.

nes, soziale Medien, Emojis, Podcasts und Videos verdrängten den geschriebenen Text, während KI zunehmend visuelle und gesprochene Inhalte erzeuge. Historisch sei die Schrift entscheidend für komplexe Gesellschaften gewesen: Sie ermöglichte Gesetze, Eigentumsrechte, Religion und später politische Teilhabe. Die Erfindung des Buchdrucks und die Reformation führten zur Massenalphabetisierung und legten die Grundlage für die moderne Zivilisation. Der Verlust dieser Kultur würde gravierende Konsequenzen nach sich ziehen, wie etwa die Entfremdung vom kulturellen Erbe, den Rückfall in mythisches Denken und den Verlust analytischer Fähigkeiten. Ohne Schrift und Bücher werde die Gesellschaft anfälliger für Verschwörungstheorien und Fake News.

Gideon Böss argumentiert in der *Welt*²⁵, dass der Westen ohne seine christlichen Wurzeln verschwinden würde, da westliche Werte weitgehend christliche Werte seien. Historisch habe das Christentum entscheidend zur Entwicklung von Bildung, Moral und Menschenrechten beigetragen, von der Gründung der Universitäten über das Verbot der Verwandtenehe bis hin zur Idee der Menschenwürde. Die Aufklärung habe diese Werte übernommen und sie als „universell“ deklariert, während sie die Kirche kritisierte. Heute jedoch seien die Kirchen leer, das Christentum befände sich im Rückzug und andere Weltanschauungen träten an seine Stelle. Dies gefährde die Grundlagen der freien Gesellschaft. Lösung könne ein „Kulturchristentum“ sein, ein säkulares Bekenntnis zu den westlichen Werten, ohne dass man religiös sein müsse. Der Islam sei als Herausforderung zu sehen, da seine Rechtsordnung die universellen Menschenrechte relativiere, ebenso wie linke Ideologien, die zunehmend antiwestlich agierten. In einer Welt rivalisierender Kollektivideen wie Kommunismus oder Islamismus müsse der Westen seine Prinzipien – Vorrang des Individuums vor dem Kollektiv – verteidigen. Wer das nicht wolle, riskiere eine Rückkehr zur Unmenschlichkeit. Die Lösung liege in der bewussten Rückbesinnung auf diese Werte, sei es durch Kircheneintritt oder das Bekenntnis zum „Kulturchristentum“.

Sven Beckert erklärt im Gespräch mit dem *Handelsblatt*²⁶, dass die verbreitete Vorstellung einer natürlichen Verbindung zwischen Demokratie und Kapitalismus ein eurozentristisches und naives Narrativ sei. Historisch betrachtet habe sich der Kapitalismus in sehr unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Kontexten – von Stadtstaaten über Imperien bis hin zu Nationalstaaten – entwickelt und sei stets eng mit staatlicher Macht verbunden gewesen. Er sei keine natürliche Wirtschaftsordnung, sondern über Jahrhunderte durch komplexe Prozesse entstanden, in denen staatliche Gewalt eine zentrale Rolle gespielt habe. Die vielfältige Ausprägung sorge für Dynamik und Expansion und mache den Kapitalismus zu einem globalen – und nicht europäischen – Phänomen, das weit älter sei als die industrielle Revolution. Die Annahme, Kapitalismus sei ein europäisches Produkt, führe dazu, dass Europa den Aufstieg Asiens unterschätzt habe. Märkte existierten nie unabhängig vom Staat, Kapitalismus und staatliche Ordnung entwickelten sich stets gemeinsam, weshalb die Vorstellung eines Gegensatzes zwischen Markt und Staat historisch falsch sei. Globalisierung habe zwar den Wohlstand insgesamt erhöht, aber immer Gewinner und Verlierer hervorgebracht. Kapitalismus verschiebe seine Kraftzentren ständig und erzeuge neue Ungleichgewichte und Probleme. Schon oft totgesagt – im 19. Jahrhundert, während der Weltwirtschaftskrise und nach 2008 –, lebe der Kapitalismus aber weiter und habe sich stets neu erfunden. Heute sei die menschliche Produktivität so hoch, dass theoretisch die meisten Bedürfnisse gedeckt werden könnten, was historisch einmalig sei. Während die Menschheitsgeschichte überwiegend von Mangel geprägt gewesen sei, lebe man nun im Überfluss, was neue Chancen eröffne. Pessimismus angesichts aktueller Krisen sei nachvollziehbar, doch diese außergewöhnliche Situation sollte als Ausgangspunkt für Gestaltung und Innovation gesehen werden.

²⁵ Gideon Böss, Der Westen verschwindet ohne Christentum, *Die Welt*, 18.11.2025.

²⁶ Sven Prange, „Wir in Europa sind unserer eigenen Ideologie aufgesessen“. Gespräch mit dem Historiker Sven Beckert, *Handelsblatt*, 14.11.2025.

Armin Schäfer befasst sich in der *WirtschaftsWoche*²⁷ mit der Krise der liberalen Demokratie und der wachsenden Bedeutung ökonomischer Gleichheit für ihren Erhalt. Nach dem Ende des Kommunismus herrschte in den 1990er-Jahren die Hoffnung, dass sich Demokratie weltweit Bahn brechen würde. Heute zeige sich jedoch, während sich der Markt global durchgesetzt habe, sei die Demokratie unter Druck geraten. Autokratisierung, Polarisierung und politische Gewalt nähmen zu. Freie Märkte hätten weder in China noch im Nahen Osten zu demokratischem Wandel geführt, und selbst in Kernländern wie den USA sei die Demokratie gefährdet. Die Erfolge der Globalisierung seien ökonomisch beeindruckend: starkes Wachstum, Rückgang absoluter Armut und sinkende Ungleichheit zwischen Staaten. Doch innerhalb der Gesellschaften habe die Ungleichheit massiv zugenommen. Märkte belohnten Knappheit und Exzellenz, während nationale Korrekturmöglichkeiten schwinden würden. In der Netzwerökonomie entstünden extreme Vermögenskonzentrationen, die politische Macht nach sich zögen. Die „Sphärentrennung“ zwischen ökonomischem und politischem Einfluss sei faktisch aufgehoben. Beispiele seien die Übernahme der „Washington Post“ durch Jeff Bezos, der Kauf von Twitter durch Elon Musk und deren millionenschwere Wahlkampfspenden. In den USA finanzierten Superreiche Wahlkämpfe, in Deutschland sicherten Lobbyisten mit fast einer Milliarde Euro jährlich privilegierten Zugang zur Politik. Studien zeigten, politische Entscheidungen begünstigten systematisch die Interessen der Wohlhabenden. Diese Schieflage beschädige das Versprechen politischer Gleichheit und untergrabe das Vertrauen in die Demokratie. Wer sich machtlos fühle, wende sich ab oder wähle rechtspopulistische Parteien – nicht aus Überzeugung, sondern aus Frustration. So bereite soziale Ungleichheit den Boden für autoritäre Alternativen, die Rechtsstaat und Märkte gleichermaßen gefährdeten. Autokratien ersetzen Wettbewerb durch Loyalität, förderten Korruption und Klientelismus. Selbst in den USA zeige sich, wie ökonomische Macht politische Abhängigkeiten schaffe: Unternehmen seien auf die Gunst der Regierung angewiesen. Damit geraten auch Märkte unter Druck. Demokratie lebe von der Hoffnung, durch politische Teilhabe das eigene Leben verbessern zu können. Schwinde diese Hoffnung, werde sie ausgehöhlt. Ein zukunftsfähiger Liberalismus müsse daher egalitär sein: Er müsse ökonomische Ungleichheit als demokratisches Problem begreifen und das politische Gleichheitsversprechen erneuern. Nur so ließen sich Demokratie und freie Märkte langfristig bewahren.

Freiheit sei eine „innere Haltung“, die immer wieder trainiert werden müsse, konstatiert Jürg Müller in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁸. Äußere Freiheit – der rechtliche Rahmen ohne Zwang – sei notwendig, reiche aber nicht aus. Wirkliche Selbstbestimmung erfordere innere Freiheit, verstanden als die Fähigkeit, eigene Denkmuster zu hinterfragen und mentale Flexibilität zu bewahren. Menschen handeln oft nach vorgefertigten „Filtern“, geprägt durch Erziehung, Medien und Ideologien. Diese „Filter“ seien nicht grundsätzlich negativ, könnten aber problematisch werden, wenn man sie sich ihrer nicht bewusst sei und dadurch die Wahrnehmung der Realität verzerrt werde. Die digitale Revolution habe die Wirkung solcher „Filter“ verstärkt, da soziale Medien und neue Informationskanäle traditionelle Medien verdrängt hätten. Dies berge Chancen, führe aber auch zu Polarisierung und Opferdenken, das die Freiheit gefährde. Wer sich als Opfer definiere, sehe den Staat nicht mehr als Garant der Freiheit, sondern als Instrument zur Bestrafung vermeintlicher Täter. In der Schweiz wirkten Institutionen wie direkte Demokratie, Föderalismus und Konsensorientierung integrativ und verhinderten extreme Spaltungen. Dennoch liege die Verantwortung bei jedem Einzelnen, denn Freiheit beginne und ende bei jedem einzelnen selbst. Begegnungen mit Andersdenkenden und die bewusste Reflexion eigener Denkmuster seien zentrale Übungen zur Stärkung innerer Freiheit. Die Verteidigung der Freiheit erfordere keine großen Gesten, sondern Demut und tägliche Arbeit an sich selbst.

²⁷ Armin Schäfer, Die reichen Erträge der Gleichheit, *WirtschaftsWoche*, 14.11.2025.

²⁸ Jürg Müller, Wo die Freiheit beginnt, *NZZ*, 10.11.2025.

Rezensionen

In der FAZ²⁹ vertritt *Wilfried Loth* die Überzeugung, die Studie **Ein Parlament für Europa. Richard Coudenhove-Kalergi, Paneuropa und die westliche Demokratie 1922–1952** von **Martin Posselt** könne das Bild des Gründers der Paneuropa-Bewegung grundlegend verändern: „Hier wird Coudenhove-Kalergi zum ersten Mal in den Kontext der Europa-Diskussion in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg gestellt; dadurch werden sowohl seine spezifische Position als auch seine zeitweiligen Erfolge verständlich.“

Edward Luce habe in **Zbig. The Life of Zbigniew Brzezinski, America's Cold War Prophet**, das Leben des US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski erforscht, der „weder Taube noch Falke“ gewesen sei und die Lektüre des Buches sei „angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine den europäischen und deutschen Politikern zur Pflichtlektüre empfohlen“, merkt *Majd El-Safadi* in der FAZ³⁰ an.

Im *Tagesspiegel*³¹ weist *Elisabeth Binder* auf das zum 104. Geburtstag der vor einem Jahr verstorbenen jüdischen Zeitzeugin erschienene Buch **Margot Friedlaender: Eine Stimme für das Leben. Fotografien von Markus C. Hurek. Vorwort von Igor Levit** hin, „ein Buch voller Weisheit, das zum Nachdenken, zu Gesprächen“ anregen könne.

Stephan Lehnstaedt erweise sich in seiner Studie **Der vergessene Widerstand. Jüdinnen und Juden im Kampf gegen den Holocaust** als „nüchterner Chronist des bis auf den Warschauer Ghettoaufstand 1943 weitgehend vergessenen jüdischen Widerstandes ohne Hang zur Heroisierung“ konstatiert *René Schlott* in der FAZ³² und merkt an, der Autor zeige, dass der jüdische Widerstand mit wachsender Erkenntnis der Vernichtungsabsicht intensiver geworden sei und rufe dabei viele ins Vergessen geratene Orte und Personen in Erinnerung.

Michaela Seiser stellt in der FAZ³³ **Daniel Swarovski – Es hätte können, alles ganz anders kommen von Dieter Stiefel** vor, der darin so beispielhaft die Geschichte des Tiroler Kristallkonzerns Swarovski während des Nationalsozialismus aufgearbeitet habe, dass dies anderen Konzernen durchaus als Vorbild dienen könne.

In der *Welt*³⁴ befasst sich *Thomas Schmid* mit dem „sorgfältig komponierten“ Buch **Das Verschwinden des Holocaust. Zum Wandel der Erinnerung** von **Jan Gerber**, der darin „von einem Verschwinden, dem lange, chaotische, oft quälende und immer wieder unterbrochene Anstrengungen vorausgegangen sind, ihn überhaupt erst gegen Widerstände und eine hartnäckige Gleichgültigkeit ins Bewusstsein der Menschheit zu heben“ berichte.

In seiner Studie **Politik der politischen Bildung. Das Ringen um die Demokratisierung der Deutschen seit 1945** gelinge es **Tim Schanetzky** die „wechselvolle Geschichte der Bundeszentrale für politische Bildung“ nachzuzeichnen und er wolle damit „zu einem realistischeren Bild dieser Geschichte beitragen“, stellt *Tobias Schrörs* in der FAZ³⁵ fest.

²⁹ Wilfried Loth, Für ihn war alles Große in Europa verschwistert, FAZ, 4.11.2025.

³⁰ Majd El-Safadi, Unter dem Mantel der Sowjetunion schlummerten die alten Nationen, FAZ, 29.10.2025.

³¹ Elisabeth Binder, Margot Friedländer – Ein Buch der Erinnerung zum 104. Geburtstag, Der Tagesspiegel, 5.11.2025.

³² René Schlott, Nicht nur im Warschauer Ghetto, FAZ, 4.11.2025.

³³ Michaela Seiser, Die Geschichte von Swarovski, FAZ, 10.11.2025.

³⁴ Thomas Schmid, Warum kaum jemand vom Judenmord wissen wollte – und warum das immer noch so ist, Die Welt, 21.11.2025.

³⁵ Tobias Schrörs, Am Anfang waren offene Gräber, FAZ, 28.10.2025.

Maik Tändler nutze in seiner Studie **Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik** „seinen Protagonisten vielmehr als Sonde, um Kontinuitäten und Wandlungen der ideologischen Bestrebungen und publizistischen Projekte am rechten Rand des politischen Spektrums der Bundesrepublik zu erkunden“, konstatiert *Dominik Geppert* in der FAZ³⁶.

„Akribisch zusammengetragene Dokumente sind das Fundament dieser Darstellung der deutschen Politik in der Ära Putin“ urteilt *Matthias Naß* in der *Zeit*³⁷ über **Das Versagen. Eine investigative Geschichte der deutschen Russlandpolitik** von **Katja Gloger** und **Georg Mascolo** und merkt an, die sei „eines der Bücher, in denen man beim Lesen, gespannt auf den Quellenbeleg, immer wieder nach hinten blättert, zum 85-seitigen -Anmerkungsapparat, eine Fundgrube“.

In ihrem Buch **The Rise of the Russian Hawks. Ideology and Politics from the Late Soviet Union to Putin's Russia** untersucht **Juliette Faure** „den Aufstieg der Netzwerke der antiliberalen, nationalistischen russischen Intellektuellen bis heute“, schreibt *Jörg Himmelreich* in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁸ und urteilt, das Buch sei dadurch „für das tiefere Verständnis der ideologischen Facetten des Putin-Regimes und seiner politischen Funktionsweise unabdingbar“.

Simon Ball beschäftigte sich in **Death to Order: A Modern History of Assassination** mit den Auswirkungen von Attentaten auf die politische Entwicklung seit 1914, was Leser, die nicht versiert in den vielfältigen Details politischer Geschichte seien, überfordern könne, stellt *Paul Miller-Melamed* im *Wall Street Journal*³⁹ fest.

Hugh Thomson stellt im *Spectator*⁴⁰ **The Revolutionists: The Story of the Extremists Who Hijacked the 1970s** von **Jason Burke** vor, der darin nachzeichne, wie der säkulare Terrorismus, der die 1970er Jahren erschüttert habe, sich zum islamischen Terror von heute gewandelt habe und er liefere dazu auch prägnante Porträts der wichtigsten Beteiligten.

„**Yaakov Katz** and **Amir Boabit** provide the closest thing to a definitive account of the events of October 7 and its causes“ lautet das Urteil von *David Lewis Schaefer* bei *Law&Liberty*⁴¹ über **While Israel Slept**.

Breaking the Engagement: How China Won & Lost America von **David Shambaugh** sei eine nuancierte, historisch unterfütterte Analyse – so *Meghan V. Herwig* bei *Law&Liberty*⁴² – die die Transformation der sino-amerikanischen Beziehungen und die Ursachen dafür anschaulich mache.

Oliver Kühn konstatiert in der FAZ⁴³, **Bernd Greiner** habe mit seinem Buch **Weißglut. Die inneren Kriege der USA. Eine Geschichte von 1900 bis heute**, in dem dieser die Ursachen für die politischen Fragmentierungen in den USA nachzeichne, trotz aller Mängel „ein gut lesbares Buch für all jene vorgelegt, die sich fragen, wie die USA dorthin gekommen sind, wo sie jetzt stehen. Und vielleicht lässt sich aus ‚Weißglut‘ ja auch Trost ziehen: Es war schon einmal schlimmer, und es wurde trotzdem wieder besser.“

Nicholas Clairmont befasst sich im *Wall Street Journal*⁴⁴ mit der Darstellung **The Great Contradiction: The Tragic Side of the American Founding** von **Joseph J. Ellis**, der sich darin mit

³⁶ Dominik Geppert, Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik., FAZ, 18.11.2025.

³⁷ Matthias Naß, „Dann war ich eben schuld“, Die Zeit, 30.10.2025.

³⁸ Jörg Himmelreich, Wo Putins Herrschaftsphantasien herkommen, NZZ, 14.11.2025.

³⁹ Paul Miller-Melamed, ‚Death to Order‘ – Review: Murderous Politics, Wall Street Journal, 29.10.2025.

⁴⁰ Hugh Thomson, How the terrorists of the 1970s held the world to ransom, The Spectator, 1.11.2025.

⁴¹ David Lewis Schaefer, Assessing Israel’s Intelligence Failure, Law&Liberty, 3.11.2025.

⁴² Meghan V. Herwig, Why Engagement Failed, Law&Liberty, 28.10.2025.

⁴³ Oliver Kühn, Wie der Klassenkampf zum Kultukampf wurde, FAZ, 11.11.2025.

⁴⁴ Nicholas Clairmont, ‚The Great Contradiction‘ – Review: The Founding in Full View, Wall Street Journal, 26.10.2025.

den Gründungsmythen der USA auseinandersetze: „What Mr. Ellis seems unable to abide are the ways our heroic myths of the Founders keep us from understanding historical reality.“

„Antisemitism in America hasn't been the occasional result of a few bad apples. It has been pervasive and systemic“, so lautet die Einschätzung von *John G. Turner* im *Wall Street Journal*⁴⁵ nach der Lektüre des Buchs **Antisemitism, an American Tradition** von **Pamela S. Nadell**.

„Jacob Silverman takes a lively and provocative look at how Elon Musk and other leading lights in Silicon Valley shifted away from a liberal ethos“ schreibt *Richard Waters* in der *Financial Times*⁴⁶ über **Gilded Rage: Elon Musk and the Radicalization of Silicon Valley**.

In ihrem Buch **Der Westen. Eine Erfindung der globalen Welt. 4000 Jahre Geschichte** spüre **Josephine Quinn** „den Wurzeln dessen nach, was man als Westen bezeichnet, und schlägt dabei einen weiten Bogen von der Ostsee bis ins nördliche Afrika und bis weit in den Mittleren Osten – und von der Bronzezeit bis ins Zeitalter der Entdeckungen und in die Gegenwart“, verfolge dabei aber einen „polemischen Unterton“, merkt *Clemens Klünemann* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁷ an.

Mit seinem Buch **Europas Frühe Neuzeit. Geschichte und Theorie einer Gesellschaft auf dem Weg in die Moderne** sei es **Rudolf Schlägl** gelungen, eine „systemtheoretisch orientierte Gesellschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit“ vorzulegen, konstatiert *Peter Burschel* in der *FAZ*⁴⁸.

Karl Banghard gelinge es, in seiner Darstellung **Die wahre Geschichte der Germanen** viele „Klischees über die Stämme an der Nordgrenze des Römischen Reichs“ aus dem Weg zu räumen konstatiert *Thomas Ribi* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁹.

Die Darstellung **Neutralität und Kaiserschmarrn. Eine Geschichte Österreichs seit 1945** von **György Dalos** sei „unterhaltsam für Einsteiger, mehr aber auch nicht“, urteilt *Michael Frank* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁰.

„Es ist eine Stärke von Halterns Ansatz, dass er die politische Bedingtheit der Rechtsprechung herausarbeitet. Er gelangt auch sonst zu allerlei bemerkenswerten Einsichten“ lautet die Einschätzung von *Thomas Gutschker* in der *FAZ*⁵¹ über **Verschlungene Staaten. Die paradoxe Mechanik der europäischen Integration** von **Ulrich Haltern**.

Helen Dale betrachtet bei *Law&Liberty*⁵² **On the Law of Speaking Freely** von **Adam Tomkins**, der deutlich mache, dass man Meinungsfreiheit angesichts der ihr drohenden Gefahren nicht als selbstverständlich hinnehmen könne.

Eva C. Schweizer stellt in der *Jüdischen Allgemeinen*⁵³ das Buch **If Anyone Builds It, Everyone Dies. Why Superhuman AI Would Kill Us All** von **Eliezer Yudkowsky** und **Nate Soares** vor, in dem die Autoren das Schreckensszenario einer Bedrohung durch Künstliche Intelligenz als „sensationalistische Fabeln“ zeichneten.

In der *FAZ*⁵⁴ weist *Thomas Thiel* auf die Studie **Doing the Game. The Economy of Undocumented Migration from Afghanistan to Europe** hin, in der **Hannah Poole** die unterschiedlichen Etappen der „Fluchtökonomie“ untersucht und dabei mit vielen Betroffenen selbst gesprochen habe.

⁴⁵ John G. Turner, „Antisemitism, an American Tradition“ – Review: Prejudice in the Promised Land, *Wall Street Journal*, 22.10.2025.

⁴⁶ Richard Waters, Gilded Rage – an origin story of the new tech right, *Financial Times*, 21.10.2025.

⁴⁷ Clemens Klünemann, Der Westen beginnt im Osten, *NZZ*, 29.10.2025.

⁴⁸ Peter Burschel, Europas unwahrscheinlicher Weg, *FAZ*, 18.11.2025.

⁴⁹ Thomas Ribi, Mit den Germanen wurde Rom nicht fertig, *NZZ*, 11.11.2025.

⁵⁰ Michael Frank, Von Helden und Mythen befreit, *SZ*, 10.11.2025.

⁵¹ Thomas Gutschker, Europas unerwartete Folgen, *FAZ*, 11.11.2025.

⁵² Helen Dale, From Heresy to Hate Speech, *Law&Liberty*, 22.10.2025.

⁵³ Eva C. Schweizer, Wenn böse Roboter die Menschheit ausrotten, *Jüdische Allgemeine*, 30.10.2025.

⁵⁴ Thomas Thiel, Geld für ein gefährliches Spiel, *FAZ*, 12.11.2025.

Philipp Staab versucht mit seinem Buch **Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus** zu erklären, „warum von der ökologischen Transformation mittlerweile kaum mehr die Rede ist“ – so *Philipp Krohn* in der FAZ⁵⁵.

Pilita Clark stellt in der *Financial Times*⁵⁶ vier Bücher vor, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen: **Clearing the Air: A Hopeful Guide to Solving Climate Change – in 50 Questions and Answers** von Hannah Ritchie; **Rooted in Change: The Stories Behind Sustainable Wine** von Jane Masters und Andrew Neather; **The New Global Possible: Rebuilding Optimism in the Age of Climate Crisis** von Ani Dasgupta sowie **The Growth Story of the 21st Century: The Economics and Opportunity of Climate Action** von Nicholas Stern.

⁵⁵ Philipp Krohn, Mehr als die Verlängerung der Gegenwart kommt nicht in den Blick, FAZ, 6.11.2025.

⁵⁶ Pilita Clark, Four hopeful guide sto tackling climate change, Financial Times, 23.10.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)